

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

75. Jahrgang / Nr. 83

Montag, 8. April 2019

Einzelpreis 2,00 €

Protest gegen „Mietwahnsinn“

Zehntausende demonstrieren gegen Wohnungsgesellschaften – Debatte um Enteignungen

Berlin. (AFP) Der Start einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren in Berlin hat die Debatte über die Enteignung von Wohnungsgesellschaften angeheizt. Während Grünen-Chef Robert Habeck sich eine solche Maßnahme „notfalls“ vorstellen kann, lehnte SPD-Chefin Andrea Nahles dies am Wochenende ab. Die Linke befürwortet Enteignungen grundsätzlich. Am Samstag gingen Tausende Menschen in Berlin und zahlreichen weiteren Städten auf die Straße, um gegen „Mietenwahnsinn“ zu demonstrieren.

Wenn andere Maßnahmen keinen Erfolg zeigten, damit Kommunen mehr Sozialwohnungen errichteten, „muss notfalls die Enteignung folgen“, sagte Habeck.

Linken-Chefin Katja Kipping geht deutlich weiter: Sie wolle Immobilienkonzerne nicht nur enteignen, sondern setze im Zweifel auch auf Beschlagnahmungen, kündigte sie Teilnehmern zufolge bei einer Parteivorstandssitzung in Berlin an.

Scharfe Kritik kam von CSU-Chef Markus Söder: „Enteignungen sind nun wirklich sozialistische Ideen und haben mit bürgerlicher Politik nichts zu tun“, sagte Söder. Gegen Enteignungen hatte sich bereits CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer ausgesprochen. FDP-Chef Christian Lindner kritisierte die Initiatoren des Volksbegehrens, die das Thema Wohnen „für uralte und auch schon gescheiterte sozialistische Expe-

perimente“ missbrauchten. Enteignungen halte er weder rechtlich für möglich noch für geboten, sagte er den Zeitungen der Funke-Mediengruppe von Samstag.

Bundesweit demonstrierten am Samstag zahlreiche Menschen für bezahlbaren Wohnraum und gegen die Verdrängung durch steigende Mieten. Die Veranstalter sprachen von bundesweit mindestens 55 000 Demonstranten. In Berlin gingen laut Polizei „weit über 10 000“ Menschen auf die Straße, den Veranstaltern zufolge waren es rund 40 000 Menschen. Ähnliche Protestaktionen gab es laut dem Aktionsbündnis „#Mietenwahnsinn“ in 19 Städten wie München, Köln, Frankfurt, Heidelberg, Mannheim und Hamburg. > Hintergrund S. 2

DIE ECKE

Teurer wohnen

Können Sie sich noch an den alten Angeber-Spruch aus der Werbung erinnern: „Mein Haus, mein Auto, mein Boot“? Heute würde beim Klassentreffen schon der Satz reichen: „Meine Zwei-Zimmer-Wohnung im Stadtzentrum“. Damit hätte man den Neid der anderen gewiss. Früher galt es als Zeichen von Reichtum, zu golfen oder zu segeln, heute hat die High Society ein neues Statussymbol: Wohnen. Für Normalverdiener werden dagegen noch neue Wohnformen gesucht: Schlafen im Auto (das kalifornische Modell)? Sollen Mietwohnungen künftig verlost werden oder versteigert? Sollen Bewerber im Faustkampf gegeneinander antreten? Gerne erinnern wir uns auch an Karlsson vom Dach, der auf selbigem wohnte, ohne Miete zu zahlen. Wie visionär!

mehr auf der folgenden Seite!

(ebenfalls auf Seite 2)

Helfen gegen steigende Mieten nur noch Enteignungen?

Demonstrationen gegen Immobilienkonzerne – Habeck hält Enteignungen für denkbar

Von Peter Riesbeck, RNZ Berlin

Berlin. Zehntausende gingen in Berlin und anderen europäischen Großstädten am Wochenende auf die Straße, um gegen steigende Mieten zu demonstrieren. Zugleich startete in der deutschen Hauptstadt die Unterschriftenaktion zum Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“. Das Ziel: Die zehn Immobilienkonzerne mit mehr als 3000 Wohnungen in der Hauptstadt sollen in kommunales Eigentum überführt werden. „Deutsche Wohnen und andere Wohnungskonzerne versuchen seit Jahren, die Mieten in Berlin nach oben zu treiben. Und zwar systematisch“, sagt Rouzbeh Taheri, Initiator des Volksbegehrens, unserer Berliner Redaktion. Unterstützung kommt auch von den Grünen.

Ko-Parteichef Robert Habeck hält Enteignungen für denkbar. „Das Grundgesetz sieht solche Enteignungen zum Allgemeinwohl ausdrücklich vor. Es wäre doch absurd, wenn wir das nur anwenden, um neue Autobahnen zu bauen, aber nicht, um gegen die grassierende Wohnungsnot vorzugehen“, so Habeck.

Widerspruch kommt dagegen aus der SPD. Wohnen sei „keine Ware wie jede andere“, so Carsten Schneider, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir dürfen uns aber nicht zu irrationalen und kontraproduktiven Scheinlösungen, wie der Enteignung, verleiten lassen“, sagte Schneider unserer Berliner Redaktion.

Auch Union und FDP lehnen Enteignungen ab. „Wohnen ist die neue soziale Frage, die kann man aber nicht sozialistisch beantworten“, so CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. FDP-Chef Christian Lindner sprach von „uralten und schon gescheiterten sozialistischen Experimenten“.

Volksbegehren-Initiator Taheri ist mit dem Auftakt zum Volksbegehren zufried-

Nach Angaben der Veranstalter zogen Zehntausende vom Berliner Alexanderplatz durch Kreuzberg nach Berlin-Treptow, wo eine Immobilienmesse stattfand. „Wohnen ist ein Grundrecht und kein Spekulationsobjekt“, stand auf den Plakaten. Andere warnten vor Verdrängung aus der Innenstadt. „Miet me am Stadtrand“, hieß es auf einem Plakat. Wieder andere waren weniger sach-

lich. „Mörderbande“, hieß es da schlicht. „Die Deutsche Wohnen muss in öffentliche Hand“, so Taheri.

Für ein Volksbegehren braucht Taheri 20 000 Stimmen. Dann können die Bewohner der Hauptstadt in einem Referendum über die Enteignung entscheiden. Insgesamt gibt es in Berlin zehn Unternehmen mit mehr als 3000 Wohneinheiten.

Der rot-rot-grüne Berliner Senat ist aber gespalten. Linkspartei und Grüne befürworten eine Enteignung großer Immobilienkonzerne. Die SPD zögert. Denn es geht auch um eigene Fehler auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Unter dem damaligen Finanzsenator Thi-

lo Sarrazin (SPD) hatte die klamme Hauptstadt 2004 zunächst die kommunale Immobiliengesellschaft GSW übernommen, 2007 folgte die städtische Gehag. Fraktionsvorsitzender der SPD damals war der der heutige Regierende Bürgermeister Michael Müller. Er fürchtet vor allem Schadenersatzforderungen sowie negative Folgen für den Wirtschaftsstandort Berlin im Falle von Enteignungen.



Zahlreiche Menschen, wie hier in Köln, protestieren gegen steigende Mieten und verurteilen den „Miethai“. Foto: dpa

den. Er hält speziell dem Konzern Deutsche Wohnen, der in der Hauptstadt rund 110 000 Wohnungen besitzt, gezielte Mietpreissteigerungen vor. „Da werden Häuser gezielt vernachlässigt, um nach der Sanierung die Mieten aufzusetzen. Da werden sinnlose energetische Gebäudesanierungen durchgeführt, um die Kosten auf die Mieten draufzuschlagen“, so Taheri.

**mehr auf
der
folgenden
Seite!**

Wenn Wohnraum zur Ware wird

Beim EU-weiten Aktionstag gegen „Mietenwahnsinn“ machten auch Heidelberger mit – „Wien könnte ein Vorbild sein“

Von Marie Böhm

Für Menschen in allen Lebenslagen und jeden Alters wird es immer schwerer, bezahlbare Wohnungen zu finden. Das passiert nicht nur Heidelbergern, sondern in fast allen Städten Deutschlands und anderen Ländern der EU. So fand am Samstag eine europaweite Aktion „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“ statt.

Auch Heidelberg machte mit: Am Anatomiegarten nahm das Wohnraumbündnis Heidelberg symbolisch mit Zelten, Bannern und einem Infostand Stellung zum Thema. Viele Interessierte nahmen Anteil. Einer von ihnen ist Klaus Steiger. Der gebürtige Waibstädter hat mit den Mietpreisen selbst schon Erfahrungen gemacht: „Die Problematik ist mir schon seit Längerem bekannt. Als mein Sohn ein Studium begann, haben wir auch keine bezahlbare Wohnung für ihn gefunden. Und das wird schon seit Jahren immer schlimmer. Ich selbst habe zum Glück ein eigenes Haus. Wenn ich das heute kaufen würde, könnte ich es nicht bezahlen“, berichtet er.

Die Aktion sei als Aufklärung gedacht, betonte eine der Organisatorin-



Zelt statt Wohnung, Schlafsack statt Schlafzimmer: Am Anatomiegarten machte das Wohnraumbündnis auf Probleme durch steigende Mieten aufmerksam. Foto: Philipp Rothe

nen, Isabelle Braun. Es gehe darum, was man als Zivilgesellschaft tun könne, um Wohnen für alle zugänglich zu machen: „Demnächst sind ja wieder Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen. Jetzt ist der perfekte Zeitpunkt, um auf die immer schlimmer werdende Wohnsituation in den Städten aufmerksam zu machen. Das ist ein wichtiger Faktor, der die Wahl

beeinflussen kann.“ Gerade die Regionalpolitik sei entscheidend, meint auch ihr Kollege Florian Friedrich. Dem Medizinstudenten sind vor allem Regelungen zu Neubauten wichtig: „Es werden nicht annähernd genug barrierefreie Wohnungen gebaut. Das treibt die Preise für die wenigen behindertengerechten Häuser in die Höhe. Es ist viel teurer und schwieriger, ein normales Haus barrierefrei zu machen, als es von Anfang an mit Zugang für alle möglichen Mieter zu bauen.“

Aber nicht nur Menschen mit physischen Behinderungen seien besonders benachteiligt, was das Wohnen betrifft. Besonders für alleinerziehende Mütter und aus dem Ausland stammende Mitbürger werde es immer schwieriger, überhaupt

einen Mietvertrag zu bekommen. „Rassismus und Sexismus sind leider ein großer Faktor“, so Braun. „Durch das ständige Städtewachstum mangelt es nicht an Interessierten, da werden ‚unerwünschte‘ Mieter einfach verdrängt“, ist er sicher.

„Es existieren bereits viele Projekte und Vorbilder, wie man die Wohnmöglichkeiten verbessern kann. Wien ist zum Beispiel ein Vorreiter. Wir wissen also, was funktioniert. Es mangelt einfach nur an Mitteln“, erklärte Friedrich. Die österreichische Hauptstadt investiert seit 100 Jahren in den sozialen Wohnungsbau; 220 000 Wohnungen gehören der Stadt, an weiteren 200 000 ist sie beteiligt. In Heidelberg fehlten unterdessen nicht nur Millioneninvestitionen, „sondern auch neuer Platz für soziale Wohnbauten“, so Friedrich. „Konversionsflächen wie jetzt im Patrick Henry Village sollten dafür benutzt werden, anstatt wieder dieselben Fehler wie bei der Konstruktion der Bahnstadt zu machen. Das kann sich doch niemand leisten.“ Nach Ansicht des Wohnraumbündnisses sollte Wohnen nicht zur Ware werden, sondern ein Grundrecht darstellen. Dabei dürfe dann der soziale Hintergrund eines Bewerbers keine Rolle spielen.

mehr auf der folgenden Seite!

Turley-Bewohner sind enttäuscht über den Verkauf

Mehr als 300 Menschen demonstrierten beim Marsch vom Alten Messplatz zum Konversionsgelände für bezahlbaren Wohnraum

mao. „Miete ohne Profit“ stand in großer Schrift auf einem gelben Banner, das die Demonstranten an der Spitze vor sich hertrugen. Etwas mehr als 300 Teilnehmer schlossen sich am Samstag dem Zug vom Alten Messplatz auf das Turley-Gelände an. In Sprechchören und mit Plakaten wandten sie sich gegen den Verkauf zweier Bauflächen, der ihrer Meinung nach mit dem sozialen Wohnungsbau in Mannheim unverträglich ist (die RNZ berichtete).

Der Protest gegen steigende Mieten hat am Wochenende in vielen Städten Tausende Menschen auf die Straße getrieben. „Bauflächen sind keine nachwachsenden Rohstoffe!“ lautete das Motto, unter dem die drei Projekte des Miethäuser-Syndikats auf Turley zu einer Demonstration aufriefen. Im Zentrum ihrer Kritik stand der Verkauf der Bauflächen 4 und 5 durch den bisherigen Eigentümer Tom Bock an die Gründer des Sportwettenanbieter Tipico. Das Gerücht über den sechsfachen Gewinn hat die Wellen hoch schlagen lassen. „Pure Spekulation“, sagen die Gegner.

Wer sich auf dem Alten Messplatz einfand, machte sich für bezahlbaren Wohnraum in Mannheim stark. Der Vorwurf der

Demonstranten: Die Stadt habe es im Fall Turley unter anderem versäumt, eine Klausel in den Kaufvertrag einzubinden, die den Investor dazu verpflichtet hätte, Areale zeitnah zu bebauen, um dadurch Spekulation zu verhindern. „Man hätte ahnen können, dass Tom Bock die Absicht hatte, den Mehrwert der von ihm er-

standenen Bauflächen auszuschöpfen und sie mit Gewinn weiter zu verkaufen“, machte Günter Bergmann seinem Ärger Luft. Er trat als einer der Sprecher des Miethäuser-Syndikats auf Turley auf. Die zwei unbebauten Abschnitte seien seiner Meinung nach durch die jüngste Entwicklung „wohl für den so-

zialen Wohnungsbau verloren“, mutmaßte er. Die Stadt müsse aus ihren Fehlern lernen. Künftig sollten sich die Verantwortlichen im Rathaus den Zugriff auf günstiges Bauland besser sichern, um ihrer eigenen Sozialquote gerecht zu werden. Die sieht im Fall von Neubauten die Schaffung von mindestens 30 Prozent bezahlbaren Wohnraums vor.

Viele Demonstranten forderten am Wochenende sogar bis zu 50 Prozent, wie in Freiburg. „So eine Regelung ist dringend nötig“, forderte Pit (55) im Gespräch mit der RNZ. Er teile die Sorge, dass die Mieten in die Höhe schießen könnten. „So etwas sollte bei Turley ja ausgeschlossen werden“, sagte er. Simon Weingärtner, der sich mit seiner Frau und den Kindern auf die Demo begeben hatte, zeigte sich enttäuscht vom alten Investor. Auch er fürchtet eine Entwicklung hin zu hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen. „Anstatt die Flächen für viel Geld weiter zu veräußern, hätte man für sinnvollere Maßnahmen Sorge tragen können“, machte er deutlich. „Zum Beispiel, dass die Baugrube, die seit Jahren auf Turley besteht, endlich verschwindet“. Stattdessen stünden für ihn noch mehr Fragezeichen im Raum.



Am Alten Messplatz startete am Samstag die Demonstration für sozialen Wohnraum und gegen Bodenspekulation. Ziel war aus aktuellem Anlass das Konversionsgelände Turley. Foto: Gerold

mehr auf der folgenden Seite!

Wütend wegen hoher Mieten

Tausende Menschen gingen am Wochenende auf die Straße – Und machten ihrem Ärger Luft

„Wohnen für alle“, steht auf einem Schild. Andere Leute tragen ein Banner mit der Aufschrift: „Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn“. In vielen Städten Deutschlands und Europas gingen am Samstag Menschen zum Demonstrieren auf die Straße. Sie finden: Die Mieten in ihren Städten sind zu hoch und steigen noch. Sie befürchten: Bald können sie sich ihre Wohnungen nicht mehr leisten.

Doch warum steigen die Mieten? Dafür gibt es viele Gründe. Zum Beispiel ziehen viele Menschen aus kleineren Orten in die Großstädte, unter anderem weil sie dort eine Arbeit gefunden haben. So steigt die Zahl der Einwohner von Städten wie Berlin, Hamburg oder München.

Um all die neuen Menschen in den Städten aufzunehmen, müssten viel mehr neue Wohnungen gebaut werden, sagen Fachleute. Doch das geht bisher nur lang-

sam voran. Viel langsamer als die Zahl neuer Einwohner wächst. Deshalb bewerben sich oft sehr viele Leute auf eine



Wohnen darf nicht zu teuer sein. Das fordern die Demonstranten.

freie Wohnung. Ist das so, kann der Vermieter leicht einen höheren Preis dafür verlangen, als wenn sich keiner für seine Wohnung interessiert.

Auch dadurch steigen die Mieten. In bestimmten Stadtteilen kann sich dann zum Beispiel nur jemand, der sehr viel verdient, überhaupt eine Wohnung leisten. Oder man bekommt nur eine kleine Wohnung, obwohl die Familie eigentlich mehr Platz bräuchte.

Politiker und Politikerinnen haben sich zum Thema Mieten schon viele Gedanken gemacht und neue Regeln erlassen. Etwa um die Vermieter daran zu hindern, die Mieten noch mehr zu erhöhen. Die Demonstranten vom Wochenende aber finden: Die Regeln funktionieren nicht und sie reichen auch nicht aus. Sie fordern die Politik deshalb auf, mehr für die Mieter zu tun.